

Redaktioneller Teil

Bekanntmachung.

Auf Grund der von der Hauptversammlung am 29. April 1932 vorgenommenen Neu- bzw. Wiederwahlen in den Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes der Deutschen Buchhändler, Sitz Leipzig, setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Dr. Friedrich Oldenbourg, München, Vorsteher; } vom
Dr. Hellmuth von Hase, Leipzig, Schatzmeister; } Börsen-
Albert Diederich, Dresden, stellvertr. Vorsteher; } verein
Dr. Georg Elsner, Berlin, Vertreter der Ortsgruppe Berlin; } ernannt.
Heinrich Hirtzel, Leipzig, Vertreter der Ortsgruppe Leipzig,
Schriftführer;
J. G. Auer, München, Vertreter der Landesgruppe Bayern;
Adolf Dreyß, Leipzig, Vertreter des Zwischenbuchhandels,
stellv. Schatzmeister;
Paul Jünemann, Stuttgart, Vertreter des Stuttgarter
Buchhandels;
Erich Kaufmann, Berlin, allgemeiner Vertreter.

Leipzig, den 4. Mai 1932.

**Der Vorstand
des Arbeitgeber-Verbandes der Deutschen Buchhändler,
Sitz Leipzig.**

Dr. Friedrich Oldenbourg, Vorsteher.

Bekanntmachung.

Auf Beschluß der am 29. April 1932 abgehaltenen Hauptversammlung des Arbeitgeber-Verbandes der Deutschen Buchhändler, Sitz Leipzig, bleibt der Mitgliedsbeitrag für die Einzelmitglieder unverändert. Er beträgt gemäß § 8 der Satzung für je 1000 RM Jahreslohnsumme 1 RM, jedoch mindestens 10 RM jährlich. Er wird, falls er bis zum 30. Juni bei der Geschäftsstelle nicht eingegangen ist, durch Postnachnahme oder mittels Barfaktur über Leipzig erhoben.

Die für die Orts- und Landesgruppen festgesetzten Pauschalbeiträge werden diesen durch besondere Schreiben mitgeteilt werden. Die einer Orts- bzw. Landesgruppe angeschlossenen Firmen haben einen Beitrag an den Reichsverband nicht zu leisten.

Wir bitten unsere Mitglieder, die Beiträge bis zu dem oben bezeichneten Zeitpunkte auf das Postscheckkonto des Börsenvereins, Leipzig 13463, mit dem Vermerk »Arbeitgeber-Verband« zu überweisen, andernfalls aber ihre Kommissäre anzuweisen, die vorgelegten Barfakturen einzulösen.

Leipzig, den 4. Mai 1932.

Arbeitgeber-Verband der Deutschen Buchhändler, Sitz Leipzig.
J. A.: Dr. Hef.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

Die innenpolitische Lage — Genf — Die Donaupläne — Devisenbilanz und Arbeitsbeschaffung — Buchgewerbliches.

Am 9. Mai tritt der Reichstag zusammen. Damit beginnen die entscheidenden Tage, in denen sich die innenpolitische Lage klären muß. Die Regierungsbildung in Preußen und in entsprechendem Abstand die in den andern Ländern, in denen eben Neuwahlen stattgefunden haben, bestimmen den weiteren Verlauf und ergänzen das Bild. Von dem Standpunkt aus, von dem aus allein hier zu diesen Dingen Stellung genommen werden darf, kann es sich nicht darum handeln, Wünsche zu äußern und Forderungen zu vertreten. Sine ira et studio gilt es vielmehr allein die Sachlage objektiv zu beleuchten. Man muß immer wieder versuchen die Dinge unvoreingenommen nur so zu sehen, wie sie nun einmal sind. Erst und nur dann kann es einigermaßen gelingen festzustellen, worauf man gefaßt sein muß und was man voraussichtlich zu erwarten hat, was zu wissen — so sicher, wie es überhaupt menschenmöglich ist — gerade die praktische Wirtschaft immer am meisten interessieren dürfte.

Die innenpolitische Schlüsselstellung in jeder Beziehung hat noch immer das Zentrum inne. Durch die Änderung der preußischen Landtags-Geschäftsordnung hat es sie sich noch verstärkt. Worum es bei den nächsten Entscheidungen geht, hat am besten wohl der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann kürzlich dahin gekennzeichnet: Das Zentrum, meinte er, werde als alte parlamentarische Partei verlangen, daß neben den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten ein sozialdemokratischer Vizepräsident trete, der den Sozialdemokraten als zweitstärkster Fraktion zustehe. Es sei sehr zweifelhaft, ob die Nationalsozialisten nach der Art ihres Kampfes gegen die Marxisten darauf eingingen. Die Nationalsozialisten forderten den Landtagspräsidenten und den Ministerpräsidenten. Bekämen sie diese beiden Posten, so könnten sie in dem Dreimännerkollegium, das über die Auflösung des Landtags beschließe, jederzeit den Präsidenten des Staatsrats, den Zentrumsmann Dr. Aedenauer, überstimmen. Es sei kaum anzunehmen, daß das Zentrum diese weittragende Waffe den Nationalsozialisten in die Hand gebe. Ebenso zweifelhaft sei, ob zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten eine Einigung über die Besetzung des Innenministeriums möglich werde, da die Nationalsozialisten unbedingt die Polizeigewalt forderten und das Zentrum dies zuzulassen kaum gewillt sei. Sollten aber selbst diese preußischen Hindernisse überwunden sein, so bleibe noch die Außenpolitik. Das Zentrum könne sich nicht mit den Nationalsozialisten in Preußen koalieren, wenn diese grundsätzlich die Außenpolitik des Reichskanzlers bekämpften. — Auf die in der Tat sehr enge Vertnüpfung der Lösung in Preußen und im Reich über die Brücke der Außenpolitik hat auch das Zentrum hingewiesen, als es eben die Entscheidung in seinen eigenen Reihen in die Hände der Reichsleitung legte. Die Sozialdemokratie hofft offensichtlich im Stillen, daß die Verständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, die im übrigen unter allen Umständen auf eine Erziehung der letzteren zur Mitarbeit, nicht auf die Überlassung der Führung hinauslaufen